



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



16405/13

(OR. en)

PRESSE 484
PR CO 58

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3274. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, 19. November 2013

Präsident **Linas Linkevičius**
Minister für auswärtige Angelegenheiten
(Litauen)

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat billigte die Einigung mit dem Europäischen Parlament über den **EU-Haushalt für 2014** und die Finanzierung von 400,5 Mio. EUR für die Entschädigung der Opfer von Naturkatastrophen in vier Mitgliedstaaten. Laut dem Haushalt belaufen sich die Zahlungen auf insgesamt 135,5 Mrd. EUR und die Verpflichtungen auf insgesamt 142,64 Mrd. EUR.*

*Der Rat hörte die Erläuterungen des derzeitigen und des nächsten Vorsitzes zu einem Fahrplan für das Europäische Semester 2014 sowie die Vorstellung des Jahreswachstumsberichts durch die Kommission; hiermit wurde das **vierte Europäische Semester für wirtschaftspolitische Koordination in der EU** eingeleitet. "Wachstum und Beschäftigung sind die Hauptanliegen der EU-Bürger und daher ist unsere wirtschaftspolitische Koordinierung unentbehrlich", erklärte der Ratspräsident, der litauische Außenminister Linkevičius, nach der Tagung.*

*Der Rat prüfte außerdem den Entwurf der erläuterten Tagesordnung für die Tagung des **Europäischen Rates** am 19./20. Dezember.*

INHALT¹

TEILNEHMER	5
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Arbeitsprogramm der Kommission 2014.....	7
Europäisches Semester.....	7
Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates im Dezember	8
Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates.....	8
Sonstiges	9
– EU-Strategie für den Ostseeraum.....	9
– EU-Strategie für den Donauraum.....	9
– Subsidiaritätsprüfung.....	9

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*WIRTSCHAFT UND FINANZEN*

– Finanzieller Beistand für Portugal.....	10
---	----

HAUSHALT

– EU-Haushalt 2014 – Billigung der Einigung.....	10
--	----

EUROPÄISCHE FREIHANDELSASSOZIATION (EFTA)

– Schweizerischer Finanzbeitrag zugunsten Kroatiens	10
---	----

HANDELSPOLITIK

– Antidumping – Biodiesel – Argentinien und Indonesien	11
--	----

JUSTIZ UND INNERES

– Automatisierter Datenaustausch mit der Slowakei.....	11
¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.	
• Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates http://www.consilium.europa.eu eingesehen werden.	
• Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.	

LANDWIRTSCHAFT

- Anpassungssatz für Direktzahlungen 2013 11
- Olivenöl – Verhandlungen über ein neues internationales Übereinkommen..... 12

FISCHEREI

- Fangmöglichkeiten in der Ostsee für 2014..... 12
- Änderung hinsichtlich der Fangmöglichkeiten 2013..... 13

ENERGIE

- Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und Dunstabzugshauben 13
- Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse 14

ERNENNUNGEN

- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss..... 14

TEILNEHMER

Belgien:

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen
Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen
Angelegenheiten

Bulgarien:

Dimitër TZANTCHEV

Ständiger Vertreter

Tschechische Republik:

Jan KOHOUT

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:

Nick HÆKKERUP

Minister für Handel und Europafragen

Deutschland:

Michael LINK

Staatsminister, Auswärtiges Amt

Estland:

Matti MAASIKAS

Ständiger Vertreter

Irland:

Paschal DONOHOE

Staatsminister für europäische Angelegenheiten (Amt des
Premierministers und Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten und Handel)

Griechenland:

Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Spanien:

Íñigo MÉNDEZ DE VIGO Y MONTOJO

Staatssekretär für die Europäische Union

Frankreich:

Thierry REPENTIN

Minister für europäische Angelegenheiten

Kroatien:

Joško KLISOVIĆ

Stellvertretender Minister für auswärtige und europäische
Angelegenheiten

Italien:

Enzo MOAVERO MILANESI

Minister, zuständig für europäische Angelegenheiten

Zypern:

Kornelios KORNELIOU

Ständiger Vertreter

Lettland:

Andrejs PILDEGOVIČS

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Litauen:

Linas LINKEVIČIUS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:

Christian BRAUN

Ständiger Vertreter

Ungarn:

Enikő GYŐRI

Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Ministerium für
auswärtige Angelegenheiten

Malta:

Louis GRECH

Stellvertretender Premierminister und Minister für
europäische Angelegenheiten und die Umsetzung des
Wahlprogramms

Niederlande:

Frans TIMMERMANS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Österreich:

Walter GRAHAMMER

Ständiger Vertreter

Polen:

Piotr SERAFIN

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Portugal:

Bruno MAÇÃES

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

George CIAMBA

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Slowakei:

Peter JAVORČÍK

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten

Finnland:

Alexander STUBB

Minister für europäische Angelegenheiten und
Außenhandel

Schweden:

Birgitta ÖHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten und
Commonwealth-Fragen

.....
Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Vizepräsident
.....

ERÖRTERTE PUNKTE

Arbeitsprogramm der Kommission 2014

Der Rat nahm das [Arbeitsprogramm der Kommission für 2014](#) zur Kenntnis. Im Anschluss an die Erläuterungen der Kommission zu ihren Prioritäten für 2014 und insbesondere für die verbleibende Zeit der Legislaturperiode im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 erörterten die Minister das Programm.

Die Kommission legte bei ihren Ausführungen zum Arbeitsprogramm besonderen Schwerpunkt auf die vorrangige Fertigstellung von wachstumswirksamen Legislativvorschlägen in den kommenden Monaten; in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung müssten konkrete Ergebnisse erreicht werden, die Bankenunion müsse vollendet werden und die im mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) vorgesehenen Maßnahmen müssten rasch verwirklicht werden.

Die Mitgliedstaaten waren im Großen und Ganzen mit den Prioritäten der Kommission einverstanden, wobei sie betonten, dass Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit nach wie vor die Hauptprioritäten der EU seien. Auf den Bericht bezogen äußerten die Minister, dass eine noch stärkere Priorisierung erforderlich sei; was den notwendigen Nachweis von konkreten Ergebnissen und Mehrwert seitens der EU betrifft, verwiesen viele auf das REFIT-Programm der Kommission. Im Hinblick auf künftige Arbeitsprogramme der Kommission unterstrichen verschiedene Minister, dass die Mitgliedstaaten bei der Prioritätensetzung eng eingebunden werden müssten.

Europäisches Semester

Der derzeitige litauische Vorsitz und der künftige griechische Vorsitz stellten den Ministern einen Fahrplan mit den wichtigsten Etappen des Europäischen Semesters 2014 vor. Sie wiesen dabei auf die wesentlichen Änderungen für 2014 gegenüber früheren Durchgängen hin. Hierzu zählen das stärkere Gewicht des im Dezember tagenden Europäischen Rates bei der Lenkung des Europäischen Semesters, eine Aufwertung der Beiträge der verschiedenen Fachformationen des Rates, eine größere Beachtung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen und eine bessere zeitliche Einplanung, damit diese Empfehlungen fristgerecht geprüft und gebilligt werden können.

Die Kommission stellte in diesem Zusammenhang ihren am 13. November angenommenen Jahreswachstumsbericht (JWB) vor. Der JWB enthält die allgemeinen wirtschaftspolitischen Prioritäten, an denen sich die Mitgliedstaaten bei der Aufstellung ihrer Haushalte und Reformpläne im kommenden Jahr orientieren sollen. Die Kommission verwies darauf, dass der JWB in diesem Jahr zusammen mit dem Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts vorgelegt worden sei, der erstmals einen Fortschrittsanzeiger zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik umfasste, sowie mit einer Zusammenfassung des Stands der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten. Die Kernaussage der Kommission lautete, dass die Konjunkturerholung weiter vorangetrieben werden müsse, dass die EU-Strategie nachweislich des JWB aber funktioniere.

Die Bemerkungen der Minister konzentrierten sich hauptsächlich darauf, wie dieser Prozess durch eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU, durch eine bessere Durchführung des Semesters und größere Mitverantwortung der Mitgliedstaaten verbessert werden kann.

Mit dieser Aussprache wurde das vierte Europäische Semester eingeleitet.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates im Dezember

Der Rat prüfte den Entwurf einer erläuterten Tagesordnung für die Tagung des Europäischen Rates am 19./20. Dezember 2013 ([15651/13](#)).

Der Europäische Rat wird sich auf dieser Tagung voraussichtlich mit folgenden Schwerpunktthemen befassen:

- *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*: Es ist ein allumfassender Ansatz vorgesehen, einschließlich Erhöhung der Wirksamkeit, der öffentlichen Wahrnehmung und der Wirkung der GSVP, die Entwicklung von Verteidigungskapazitäten und die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie.
- *Wirtschafts- und Währungsunion*: Erörtert werden der Jahreswachstumsbericht und eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung, insbesondere im Hinblick auf vertragliche Vereinbarungen und damit verbundene Solidaritätsmechanismen. Der Europäische Rat wird wahrscheinlich auch einen Beschluss über die Verwendung eines Fortschrittsanzeigers mit Beschäftigungs- und Sozialindikatoren im Europäischen Semester bestätigen. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen und weiterer Beratungen im Rat soll sich der Europäische Rat auch mit der Bankenunion befassen.
- *Wirtschafts- und Sozialpolitik*: Evaluierung der Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung und Bestandsaufnahme der seit Mai 2013 im Bereich der Besteuerung getroffenen Maßnahmen.
- *Erweiterung, Taskforce "Mittelmeerraum" und Energie* sind weitere Themen für die Dezember-Tagung.

Auf der Grundlage eines Entwurfs von Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird der Rat auf seiner Tagung am 17. Dezember eine weitere Beratung abhalten.

Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

Der Rat nahm Kenntnis von dem Bericht des Vorsitzes über die Umsetzung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates ([15874/1/13 REV 1](#)).

Es war die Absicht des Vorsitzes, die Delegationen über die laufenden Arbeiten in Bezug auf den Europäischen Rat in Kenntnis zu setzen und den Mitgliedstaaten ein Gesamtbild über den aktuellen Stand zu vermitteln. Der Vorsitz stellte darüber hinaus fest, dass in den meisten Bereichen zwar Fortschritte erzielt würden, dass der künftige griechische Vorsitz bis zum Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments aber noch weiter daran arbeiten müsse.

Der Bericht erstreckt sich auf Themen des Wachstums- und Beschäftigungspakts sowie der Bereiche Wirtschaft und Finanzen, Justiz und Inneres sowie Handel und Erweiterung.

Sonstiges

– *EU-Strategie für den Ostseeraum*

Der litauische Vorsitz unterrichtete den Rat über die Ergebnisse der 4. Jahrestagung des Forums der EU-Strategie für den Ostseeraum vom 11./12. November in Vilnius.

– *EU-Strategie für den Donaauraum*

Die rumänische Delegation unterrichtete den Rat über die 2. Jahrestagung des Forums der EU-Strategie für den Donaauraum vom 28./29. November in Bukarest.

– *Subsidiaritätsprüfung*

Die niederländische Delegation unterrichtete den Rat über ihre nationale Subsidiaritätsprüfung; sie schlug darüber hinaus vor, die Notwendigkeit einer gezielteren Ausrichtung von EU-Initiativen unter den Mitgliedstaaten und in den Organen zu erörtern.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Finanzieller Beistand für Portugal

Nach Abschluss der kombinierten achten und neunten Überprüfung der von Portugal erzielten Fortschritte bei der Umsetzung seines wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, die von der Troika aus Kommission und IWF in Abstimmung mit der Europäischen Zentralbank vorgenommen worden ist, erließ der Rat einen Beschluss ([15373/13](#) + [COR 1](#) + [COR 2](#) + [COR 3](#)) zur Anpassung der Bedingungen für den Beistand für Portugal aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM).

Der Rat erließ ferner einen Beschluss ([15787/13](#)) zur Genehmigung des aktualisierten makroökonomischen Anpassungsprogramms Portugals nach Inkrafttreten des "Zweierpakets" (speziell der Verordnung (EU) Nr. [472/2013](#)), das Bestimmungen zur Verstärkung der wirtschafts- und haushaltspolitischen Überwachung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets enthält, die finanziellen Beistand seitens EFSM, EFSF, ESM oder IWF erhalten.

HAUSHALT

EU-Haushalt 2014 – Billigung der Einigung

Der Rat billigte die Einigung mit dem Europäischen Parlament über den EU-Haushalt für 2014 und die Finanzierung von 400,5 Mio. EUR für die Entschädigung der Opfer von Naturkatastrophen in vier Mitgliedstaaten; er bestätigt damit die im Vermittlungsausschuss am 12. November erzielte Einigung ([16106/13](#) + [ADD 1](#) + [ADD 2](#) + [ADD 3](#) + [ADD 4](#) + [ADD 5](#) + [16107/13](#)).

Nähere Einzelheiten sind Dokument [16379/13](#) zu entnehmen.

EUROPÄISCHE FREIHANDELSASSOZIATION (EFTA)

Schweizerischer Finanzbeitrag zugunsten Kroatiens

Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten nahmen Schlussfolgerungen bezüglich des schweizerischen Finanzbeitrags zugunsten Kroatiens an ([15581/13 EXT 1](#)).

HANDELSPOLITIK**Antidumping – Biodiesel – Argentinien und Indonesien**

Der Rat erließ eine Verordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Biodiesel mit Ursprung in Argentinien und Indonesien ([15382/13](#)).

JUSTIZ UND INNERES**Automatisierter Datenaustausch mit der Slowakei**

Der Rat erließ einen Beschluss über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von Fahrzeugregisterdaten mit der Slowakei ([15520/13](#)). Zum Abschluss des nach dem Beschluss 2008/616/JI des Rates¹ durchzuführenden Bewertungsverfahrens wurde das Fazit gezogen, dass die Slowakei die allgemeinen Datenschutzbestimmungen umfassend umgesetzt hat und daher berechtigt ist, ab dem Inkrafttreten dieses Beschlusses personenbezogene Daten für die Zwecke der Verhütung und Aufklärung von Straftaten zu empfangen und zu übermitteln.

LANDWIRTSCHAFT**Anpassungssatz für Direktzahlungen 2013**

Der Rat erließ eine Verordnung des Rates zur Festsetzung des Anpassungssatzes für die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. [73/2009](#) für das Kalenderjahr 2013 und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. [964/2013](#) der Kommission ([15397/13](#)).

Laut dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist bei der Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans der EU der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) einzuhalten. Damit die Beträge zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die jährlichen Teilobergrenzen für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen, die in Rubrik 2 der vom Rat zu erlassenden MFR-Verordnung vorgesehen sind, nicht übersteigen, wurde in der Verordnung (EU) Nr. [73/2009](#) über Direktzahlungen an Landwirte ein Mechanismus zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin eingebaut.

Im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs für 2014 hat sich bei den Haushaltsansätzen für Direktzahlungen und marktbezogene Ausgaben gezeigt, dass die Teilobergrenze nach Rubrik 2 für das Haushaltsjahr 2014 nach Vollzug der Mittelumrichtungen zwischen dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wahrscheinlich überschritten würde. Folglich sollten die Direktzahlungen für das Kalenderjahr 2013 gesenkt werden, damit die Obergrenze eingehalten wird.

Die Anwendung dieses Anpassungssatzes führt zu einer Kürzung der Beträge der Direktzahlungen bei den Haushaltslinien, aus denen die Ausgaben für die von den Betriebsinhabern für das Kalenderjahr 2013 (Haushaltsjahr 2014) eingereichten Beihilfeanträge finanziert werden.

¹ [ABl. L 210 vom 6.8.2008.](#)

Olivenöl – Verhandlungen über ein neues internationales Übereinkommen

Der Rat erließ einen Beschluss zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der EU Verhandlungen über den Abschluss eines neuen internationalen Übereinkommens über Olivenöl und Tafeloliven aufzunehmen.

Das derzeitige internationale Übereinkommen über Olivenöl und Tafeloliven wurde im Jahr 2005 geschlossen. Es wurde unter Federführung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) ausgehandelt und wird vom Internationalen Olivenrat (IOR) verwaltet.

Das Übereinkommen gilt noch bis zum 31. Dezember 2014. Der IOR, der 1959 eingesetzt wurde, soll die ganze Reihe von internationalen Rohstoffübereinkommen verwalten, die in den letzten fünfzig Jahren zum Schutz und zur Förderung von Olivenanbau, Olivenöl und Tafeloliven geschlossen wurden.

FISCHEREI

Fangmöglichkeiten in der Ostsee für 2014

Der Rat erließ eine Verordnung zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände in der Ostsee für 2014 ([15169/13](#)).

Über diese Verordnung war auf der Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) im Oktober eine politische Einigung erzielt worden ([14832/13](#)). In der Verordnung werden für 2014 die Höchstmengen bestimmter Fischbestände (die zulässigen Gesamtfangmengen (TACs) und Quoten) festgelegt, die in der Ostsee gefangen werden dürfen, sowie die Aufwandsbeschränkungen für die Dorschbestände der Ostsee (Beschränkungen der Fischereitätigkeit durch Verringerung der Anzahl der Tage auf See). Für die Dorschbestände in der Ostsee werden die Fang- und Aufwandsbeschränkungen jedoch gemäß der Verordnung 1098/2007 zur Festlegung eines Mehrjahresplans festgelegt.

Nach Artikel 43 Absatz 3 des Vertrags von Lissabon ist es Aufgabe des Rates, Maßnahmen zur Festlegung und Zuteilung der Fangmöglichkeiten im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik zu erlassen. Die Beteiligung des Europäischen Parlaments und eine Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses sind daher für diese Fischarten nicht erforderlich.

Änderung hinsichtlich der Fangmöglichkeiten 2013

Der Rat erließ eine Verordnung zur Änderung der Verordnungen [754/2009](#), [1262/2012](#), [39/2013](#) und [40/2013](#) hinsichtlich bestimmter Fangmöglichkeiten ([16109/13](#)).

Diese Änderung der Verordnungen über externe, interne und Tiefsee-Fangmöglichkeiten für 2013 beinhaltet eine Neufestsetzung der externen Quoten für 2013 aufgrund des EU-Beitritts Kroatiens am 1. Juli 2013 und die Anpassung einiger anderer Quoten. Eine dieser Anpassungen betrifft eine Aufstockung der zulässigen Gesamtfangmenge (TAC) für nördlichen Seehecht um 26 % entsprechend einem positiven Gutachten des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) für diese Bestände. Die Änderungsverordnung enthält auch eine Verpflichtung zur Ermittlung und Durchführung der bestgeeigneten Kontrollmaßnahmen zwecks Erhaltung dieser Bestände.

Die nördliche Komponente des Seehechtbestands (*Merluccius merluccius*) erstreckt sich auf die folgenden ICES-Fanggebiete:

- Gebiet IIIa; EU-Gewässer der Teilgebiete 22-32;
- EU-Gewässer der Gebiete IIa und IV;
- Gebiete VI und VII; EU- und internationale Gewässer des Gebiets Vb; internationale Gewässer der Gebiete XII und XIV;
- Gebiete VIIIa, VIIIb, VIIIc und VIIE.

ENERGIE

Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und Dunstabzugshauben

Der Rat beschloss, gegen den Erlass der Kommissionsverordnung vom 1. Oktober 2013 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/30/EU im Hinblick auf die Energieverbrauchskennzeichnung von Haushaltsbacköfen und Dunstabzugshauben ([14326/13](#)) keine Einwände zu erheben.

Bei der Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Da der Rat nun seine Zustimmung gegeben hat, kann der Rechtsakt in Kraft treten, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse

Der Rat beschloss, gegen den Erlass der delegierten Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur in Bezug auf die Unionsliste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse ([14825/13](#)) keine Einwände zu erheben.

Bei der Verordnung handelt es sich um einen delegierten Rechtsakt nach Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Da der Rat nun seine Zustimmung gegeben hat, kann der Rechtsakt in Kraft treten, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

ERNENNUNGEN

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Rat ernannte Herrn Christophe HILLAIRET (Frankreich) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 20. September 2015, zum Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ([15814/13](#)).
